

- 14 Bernd-Reiner Fischer: Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers. In: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft (Anm. 6), S. 103-113, hier 113.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Wir danken Ihnen, Herr Professor Anweiler, und ich bitte jetzt Herrn Dr. Florath um seinen Vortrag.

**Dr. Bernd Florath:** Meine Damen und Herren, ich habe eben mit meinem Kollegen schon festgestellt, daß Ihnen manche Doppelungen erspart geblieben wären, wenn wir vielleicht vorher einige Dinge untereinander abgesprochen hätten, denn es gibt Feststellungen, die sind so grundsätzlich, daß wahrscheinlich kein Kollege darum herumkommt, sie immer wieder zu wiederholen, wie die folgende: die Feststellung, daß das Interesse der SED an der Wissenschaft keines wissenschaftlicher Natur war, ist zweifellos banal. Ihr Interesse war politischer Natur, richtete sich auf die historische Legitimierung des eigenen Tuns, was sie an sich noch nicht unterscheidet von anderen Parteien. Ihre eben nicht zufällige, aber beanspruchte und mit allen Mitteln durchgesetzte monopolistische Stellung oktroyierte dieses politische Interesse immer wieder nicht nur der gesamten Gesellschaft, sondern auch den Wissenschaftlern auf.

Worüber ich jetzt sprechen will, das ist eine Debatte unter Historikern, die sich Ende der siebziger Jahre entwickelte, nämlich die Debatte, die mit der Frage nach Erbe und Tradition der „sozialistischen Nation der DDR“ den Kern ihres historischen Verständnisses thematisierte. Es gibt einige Indizien, die darauf hindeuten, daß diese Debatte nicht unmittelbar einer politischen Weisung der zuständigen SED-Instanzen entsprang, sondern eine mittelbare Reaktion auf die ideologischen Inkongruenzen war, die sich aus den Änderungen der nationalen Selbstdefinition zu Beginn der siebziger Jahre ergaben. Unabhängig von der Frage, ob und inwieweit auch am Beginn der Diskussion um Erbe und Tradition ein expliziter Auftrag der SED an ihre Historiker vorlag oder ob sie sich aus der Logik anderer Aufträge ergab, muß die Ausgangslage umrissen werden, um nachvollziehen zu können, was an ihr neu war, was sie modifizierte, welche Antriebe sie hervorbrachten und forttrieben.

Vergleicht man die intensiven Vorbereitungen der Moskauer Exilführung der KPD und Ulbrichts konzipierende Interventionen in die historische Forschung mit den diesbezüglichen Äußerungen Honeckers, muß klar festgehalten werden: Honecker hatte überhaupt keine historische Konzeption. Er orientierte die SED Anfang der siebziger Jahre unter dem Schlagwort des „internationalistischen Wesens“ des Sozialismus wieder darauf, daß die DDR – ich zitiere ihn – „ein fester, unverrückbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft“ sei, wofür er nicht zuletzt das Argument anführte, sie stehe hinter – oder vielleicht besser unter – dem „militärischen Schild der Sowjetarmee“. Die neuerliche Betonung der im Vergleich zur nationalen höhere Bedeutung tra-

genden international-kommunistischen Bindung für das SED-Selbstverständnis setzte zugleich eine Reformulierung der nationalen Frage auf die Tagesordnung. Es ging um die Abgrenzung zur Bundesrepublik, um die Feststellung der Endgültigkeit der Spaltung der deutschen Nation, die noch in den sechziger Jahren von Ulbricht als – wenn auch nur unter einer Reihe von Vorbedingungen – rekonstruierbare Einheit zumindest verbal postuliert wurde. Nunmehr galt die Spaltung als bereits Mitte der fünfziger Jahre endgültig vollzogen, „eine staatliche Wiedervereinigung, die die SED bis dahin angestrebt hatte“, als unmöglich. (Walter Schmidt, Boykott aus Angst vor der Wahrheit, in: Junge Welt, 18.6.1974)

Bereits zu Beginn der siebziger Jahre wurde die Ulbrichtsche „nationale Grundkonzeption“ der deutschen Geschichte verworfen. Die Nachkriegsgeschichte Deutschlands war künftig nicht mehr die Geschichte der Spaltung eines Landes. Innerhalb der Kontinuität einer auf die DDR bezogenen deutschen Geschichte hatte sich die Bundesrepublik abgespalten, war somit aus der deutschen Geschichte ausgeschieden. Die Geschichte dieses – gewissermaßen – Sezessionsstaates wurde Gegenstand der Abteilungen für Allgemeine (das heißt außerdeutsche) Geschichte, wo sie im Rang freilich weit hinter der der Sowjetunion, der sozialistischen Bruderstaaten und Chinas etwa in Augenhöhe mit der Frankreichs, Englands, der USA rangierte. Das ihrer Erforschung zugestandene Forschungspotential freilich war noch geringer.

Es war nur konsequent, daß unter diesen Prämissen die Definition der DDR als Staat deutscher Nation an ihrem 25. Gründungstag aus der geltenden Verfassung gestrichen wurde. Indes wurde relativ rasch deutlich, daß sich hieraus eine Desorientierung ergab, die selbst die Kader der SED erfaßte. Die offenbare Tatsache, daß auch diese sich nach wie vor als Deutsche verstanden, aber einfach nicht mehr wußten, welche Nationalität sie auf dem Anmeldezettel eines Hotels angeben sollten, rief eine gewisse Unruhe hervor, die erst durch die feinsinnige Unterscheidung zwischen Nation und Nationalität behoben wurde. Deren unmittelbarster Ausdruck war das meines Wissens letzte Extrablatt des „Neuen Deutschland“ zum Raumflug Sigmund Jähns: „Der erste Deutsche im All – ein Bürger der DDR.“

Aus dieser Situation eröffnete sich für die SED ein Problem der historischen Legitimationsideologie. Die Selbstkonstituierung der DDR als Nation gewissermaßen *sui generis* konnte man schlechterdings nicht legitimieren, wie dies im Kern in den vierziger Jahren geschah, unter der Maßgabe des Entweichens aus der deutschen Misere, also der deutschen Geschichte, indem man sich adoptieren ließ durch den siegreichen Strang des Fortschritts, wie ihn die ruhmreiche Sowjetunion verkörperte. Die DDR mußte sich auf sich selbst beziehen, auf die eigene Nationalgeschichte. Die SED-Führung mußte aus mehreren Gründen ein einseitiges, ausschließlich internationalistisches oder proletarisches Selbstverständnis vermeiden:

1. Die beiden Grundkonzeptionen der vierziger und fünfziger Jahre mit ihren entscheidenden Orientierungen an der Geschichte der Sowjetunion und der sechziger Jahre mit ihrer Orientierung an deutscher proletarischer Klassengeschichte hatten sich einerseits als unzureichend erwiesen, weil sie wesentliche Teile des historischen Erbes als Hort der Reaktion und Ursache der Misere verwarfen und bekämpften, und andererseits waren sie mit ihren politischen Implikationen nicht länger tragbar.
2. Ein Geschichtsbild, das sich an ideologischen Abstrakta orientierte, konnte gerade die für die politische Legitimation notwendigen Funktionen der Identitätsbildung in keiner Weise hinreichend erfüllen.
3. Die Erweiterung der tragenden Schichten des politischen Systems über die Grenzen des engeren Parteikaders hinaus, die Einbeziehung vor allem der nachgewachsenen Generationen, die engere Bindung etwa religiöser Bevölkerungsteile an den Sozialismus erforderten eine über die Geschichte der kommunistischen Partei hinausgehende Identitätsstiftung, die geeignet wäre, auch jene zu integrieren, die sich bislang bei einer Betrachtung ausgegrenzt sehen mußten, wie sie bis dahin üblich war.

Zwischen dem parteiamtlichen Auftrag und seiner pragmatischen Bewältigung bestand ein Widerspruch, der sich bis in die Mitte der siebziger Jahre nicht verkleinerte, sondern vergrößerte. Die ohnehin gegebene Kluft zwischen politischen Legitimationsbedürfnissen und Resultaten vorurteilsfreier, methodisch reflektierter, sich an den Quellen orientierender historischer Forschung tat sich in kommunistischen Regimen insofern stets besonders verheerend auf, als diese ihren historischen Legitimationen einen außerordentlich hohen Stellenwert beimaßen, jedenfalls einen höheren als lebensweltlich erfolgreichere Systeme. Nur mußte diese historische Legitimation in einem solchen Verhältnis zur sich spontan reproduzierenden Überlieferung stehen, daß sie ihre Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten in der Lage war.

Es ist kein Zufall, daß das Vertrauen der DDR-Bevölkerung in die Resultate der Forschung zur DDR-Geschichte außerordentlich gering war. Zu sehr widersprachen sie den allenthalben vorhandenen individuellen und kollektiven Erfahrungen der Menschen, die zum überwiegenden Teil zugleich Zeitzeugen waren. Dieses Grundmißtrauen übertrug sich auch auf die anderen Gegenstände der Geschichtswissenschaft. Ihm entgegenzuwirken war durchaus das Bestreben vieler Fachhistoriker. Verbal forderte selbst ZK-Sekretär Kurt Hager periodisch die Wahrhaftigkeit der Geschichtsschreibung ein.

Der Anstoß zur Erbe-Traditions-Debatte der Historiker kam aus einer ganz anderen Richtung. Die praktischen Interessen des Denkmalschutzes warfen die Frage danach auf, was von den überlieferten Gebäuden und historischen Stätten erhaltenswert sei. Im Juni 1975 wurde das Denkmalpflegegesetz der DDR verabschiedet, das mit seinem bemerkenswerten Anspruch die ökonomischen Ressourcen insbesondere der Kommunen zum Teil in äußerst komplizierte

Situationen brachte. Verständliche Versuche vor allem lokaler Behörden, sich mit ideologischen Argumenten der ökonomischen Unerfüllbarkeit des Denkmalschutzes zu entziehen, stießen auf die Gegenrede von Kulturfunktionären. Das kulturelle Erbe – Weimar, Goethe, Schiller als Stichworte – galt als bewahrenswert, stand zu wichtigen Teilen auch niemals zur Disposition. Zugleich wurde immer deutlicher, daß es sich aber nicht trennen ließ von jenem Erbe, auf das sich die SED in ihrem Selbstverständnis keineswegs berufen wollte. Und fragwürdig blieben auch die willkürlichen Zuordnungen, deren Folgen indes gravierend waren. Ich habe an dieser Stelle ebenfalls den Verweis auf Günter de Bruyns „Märkische Forschungen“, die tatsächlich dieses Problem wundervoll illustrieren. Daneben wurde bereits seit den siebziger Jahren eine Diskussion unter Literaturwissenschaftlern und Schriftstellern über das kulturelle Erbe geführt, worin 1975 Werner Mittenzwei am Beispiel des Brecht-Lukács-Streits die Historisierung selbst innerkommunistischer Kontroversen thematisierte.

Aber erst der Artikel Ingrid Mittenzweis im FDJ-Intelligenzblatt „Forum“ über die „zwei Gesichter Preußens“ versuchte, die Logik dieser Debatte um das kulturelle Erbe in die Fragestellung der historischen Forschung zu übersetzen. Dieses innovative Moment konnte sich entfalten, weil es sich mit dem Interesse der SED-Führung traf, die ideologische Integration der DDR-Bevölkerung auf eine breitere Basis zu stellen, mithin einen Weg eröffnete, die diesem Zweck hinderliche Verengung des Blicks auf die identitätsstiftenden historischen Überlieferungen auf – wie es bis dahin hieß – „das Erbe aller progressiven und revolutionären Traditionen, vor allem der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, zu durchbrechen.

Was Ingrid Mittenzwei in ihrem Artikel zu Preußen schrieb, war für die historische Forschung auch in der DDR keineswegs so neu, wie dies für Betrachter von außerhalb erscheinen mochte. Neu waren allerdings drei Dinge:

1. Sie konstatierte, daß die DDR auf einem historischen Boden gewachsen sei, auf dem mehr Platz hat als die „progressiven und revolutionären Traditionen“: „Preußen“, so eröffnete sie ihren Beitrag, „ist Teil unserer Geschichte, nicht nur Weimar. Ein Volk kann sich seine Traditionen nicht aussuchen; es muß sich ihnen stellen.“
2. Ingrid Mittenzwei unterschied zwischen dem als Vorgeschichte der DDR nolens volens überkommenen Erbe und jenem Teil des Erbes, auf das es in Übereinstimmung mit den politischen Zielen der SED positiv zurückzugreifen galt. Letztere Erbteile nannte sie Traditionen, wobei die terminologische Ausdifferenzierung sich erst in der Debatte festigte.
3. Im Unterschied zu bisherigen folgenlosen Verlautbarungen folgte ihrer Ankündigung 1979 eine Biographie Friedrichs II., in der sie versuchte, dieses Konzept umzusetzen.

Ich will im folgenden davon absehen, die Erbedebatte der Historiker nachzuvollziehen. Es liegen mittlerweile hierzu sehr profunde Untersuchungen vor, an denen hinsichtlich ihrer Interpretation zum Teil sehr harsche Kritik geübt werden muß, aber die in die Debatte im Detail einführen. Es ist vielmehr die eingangs gestellte Frage nach der Instrumentalisierung wieder aufzugreifen. Es ist wichtig festzuhalten, daß sich diese Instrumentalisierung in den verschiedensten Formen vollzog, in Formen, die sich wandelten. Die im „Sturm auf die Festung Wissenschaft“ erreichte Prädominanz der SED unter den Historikern setzte ein Definitionsmonopol dieser Partei durch, das im Laufe der vier Jahrzehnte der DDR-Geschichte verschieden umgesetzt wurde.

Kontinuierliche Basis dieses Monopols stellte die Kaderpolitik dar – ich kann mir hier ersparen, darauf näher einzugehen. Als aber Mitte der siebziger Jahre deutlich wurde, daß eine unmittelbare deduktive Definition des Geschichtsbildes aus der Parteiideologie nicht ausreichte, wurde auf diese Konzeption von Ingrid Mittenzwei und anderen zurückgegriffen, denn die Situation bei der Rezeption historischer Arbeiten sah ungefähr folgendermaßen aus: Der Großteil der Menschen wandte sich, nachdem er seinen Pflichtteil an verbaler Zustimmung geleistet hatte, von der Propaganda ab und jenen Feldern zu, die in überschaubarer Nähe vor Augen lagen und sich unabhängig von der offiziellen Historiographie erschließen ließen. Mit dem erweiteren Blick auf das historische Erbe folgte die professionelle Historiographie dieser spontanen Entwicklung, versuchte, nunmehr weniger einem unwilligen Publikum die Weisheiten der Propaganda einzubleuen, sondern mit dem Privileg professioneller Zuständigkeit und Methodik dessen Interessen zum Medium der Propaganda zu machen.

Die unmittelbaren administrativen Eingriffe der SED beschränkten sich mit dem relativen Erfolg dieser Methode immer mehr auf die negative Selektion von Themen. Die SED schrieb den Historikern weniger vor, was sie forschen sollten, sondern was nicht und was hiervon Gegenstand der Propaganda und weitergreifender Popularisierung wurde.

Zweifellos erweiterten sich hierdurch die individuellen Spielräume der Interessenten wie der Historiker, zweifellos vergrößerten sich die Nischen, in denen sich Interessen entfalten konnten, die nicht SED-konform waren, solange sie nicht oppositionell wurden. Der politische Inhalt dieser Form der historischen Forschung offenbarte sich weniger in den positiven Bestimmungen durch die SED-Führung als in deren Restriktionen, ohne daß diese gänzlich auf positive Bestimmungen verzichtete.

Zugleich wurde eine Distanz zur unmittelbar von der SED-Führung initiierten und realisierten Propaganda spürbarer. Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen erkaufte sich ihre wissenschaftlichen Freiräume durch Produktion und Autorisierung jener unleidlichen Ergüsse, die allenthalben zu den Akten offizieller Traditionsbeschwörungen angefordert wurden. Eigenständig von Spitzenfunktionären in die Welt gesetzte Lösungen zum Thema konterkarierten teil-

weise die Debatte der Historiker bis ins Groteske. Gleichsam als Mitnahmeeffekt konnte sie so z. B. auf preußische Sekundärtugenden rekurrieren, die dem zentralistischen System, einmal dank historischer Differenzierungsarbeit von ihrem reaktionären Geruch befreit, durchaus zupaß kamen. Obrigkeitsstaat und Untertanengeist, diese zuvor so bekämpften preußischen Erbeile, verblaßten als Thema der Auseinandersetzung, wogegen die Symbole des preußischen Absolutismus mehr als beeindruckende Kulissee Honeckerscher Staatsakte genutzt wurden.

In der Massenpropaganda schlugen sich die Bemühungen der Historiker bedeutend weniger spürbar nieder. Neufassungen der Schullehrbücher hatten sich am Anfang der achtziger Jahre nach wie vor den Lehrplänen von 1968 zu unterwerfen, während die produktiven wissenschaftlichen Debatten in die hermetische Kultur der Expertentagungen verbannt blieben.

Die jeweiligen Staatsakte zum Luther-Jubiläum und zur 750-Jahr-Feier Berlins etwa verdeutlichen den politischen Zweck der erweiterten Erbeerschließung klarer als die in diesem Zusammenhang entstandenen, zum Teil sehr soliden Forschungsarbeiten. Diesen Propagandaveranstaltungen galt die eigentliche Aufmerksamkeit der SED-Führung. In einer Unzahl von Veranstaltungen, in Publikationen mit gewaltigen Auflagen, die über den gesamten Schulungs- und Medienapparat unters Volk gebracht wurden, wurde versucht, das gültige Geschichtsbild der SED zu verbreiten. Dem System des Parteilehrjahres der SED sowie dessen Analoga in den Blockparteien, der „Schulen der sozialistischen Arbeit“ der Gewerkschaft, des FDJ-Studienjahres, aktuell-politischer Seminare und der „roten Wochen“ an den Universitäten und natürlich dem Schulunterricht konnte sich letztlich kaum ein DDR-Bürger entziehen. Demgegenüber standen Forschungsarbeiten der Historiker mit geringen Auflagen und zu für DDR-Verhältnisse zum Teil exorbitanten Preisen häufig außerhalb des Propagandaablaufs gerade dann, wenn sie in ihrer wissenschaftlichen Substanz nicht unbedingt die Propaganda bedienten.

Für den einzelnen Historiker ergaben sich aus den politischen Bedürfnissen der SED zum Teil günstige Realisierungschancen für Forschungsthemen, die solider waren als ihre Entstehungszusammenhänge. Vorausgesetzt blieb immer, daß sie diesen politischen Intentionen nicht zuwiderliefen.

Zugleich zeitigte die Erweiterung des historischen Forschungsfeldes ungewollte politische Folgen: Die Absicht beispielsweise, gerade religiös gebundene Teile der DDR-Bevölkerung durch die Neubewertung Luthers in diese Selbstidentifizierung der DDR zu integrieren, die Herrschaft der SED auf diese Art und Weise auch für Protestanten zu legitimieren, gelang nur in äußerst bescheidenem Maße. Der Verzicht auf Widerstand, der im Wort von der „Kirche im Sozialismus“ liegt, der Rekurs auf Paulus' Römerbrief vermochten es nicht, Kirche in das System des Sozialismus zu integrieren, auch wenn es die „Weißenseer Blätter“ fertigbringen, selbst hartgesottene Stalinisten erröten zu lassen. Im Gegenteil, es entwickelte sich eher eine Relegitimierung der Kirche,

was, solange sie in ihrer Weise Widersetzlichkeiten und Abweichungen band, hingenommen wurde. Als indes Oppositionelle spürbar diesen Freiraum nutzen, griff die SED rasch wieder auf Mittel atheistischer Propaganda zurück und suchte sich in dem freilich in den Zusammenbruchswirren untergegangenen „Freiendekerverband“ ein Instrument für einen neuen Kirchenkampf zu schaffen.

Die scheinbare Deregulierung historischer Forschungsfelder endete vor allem dort, wo das die Gesellschaftstheorie und die Geschichte der Partei selbst betraf. Bis zum Ende der DDR sollte das Diktum Stalins vom axiomatischen Charakter der Parteigeschichte in Kraft bleiben. Während historische Persönlichkeiten, die der Arbeiterbewegung fern standen oder gar ihre erklärten Gegner waren (es sei nur an Bismarck erinnert), unter gewissen Aspekten zu Legitimierungszwecken in die Traditionsbildung aufgenommen wurden, zumindest aber Gegenstand intensiver historiographischer Untersuchungen waren, blieben die Träger anderer als kommunistischer Konzeptionen innerhalb der Arbeiterbewegung konsequent außen vor. Allenfalls konnten sie Gegenstand polemischer Auseinandersetzungen werden.

Die Debatte in der Sowjetunion ab 1986/87 änderte hier Vorzeichen. Dies schien der point of no return zu sein. Nunmehr mußte die SED-Führung deutliche Entscheidungen treffen: Entweder überließ sie es dem Eigensinn der Historiker, auch das Bild der Parteigeschichte zu hinterfragen, oder aber sie machte unmißverständlich deutlich: Bis hierher und nicht weiter! Die Konsequenzen waren absehbar. Überließ sie den Fortgang der Entwicklung der wissenschaftlichen Eigendynamik, so hätte sie die Chance eröffnet, daß die Historiker der DDR sich in den Augen der DDR-Bevölkerung relegitimieren, wie dies in der Sowjetunion der Fall war. Daß diese Relegitimierung der Historiker nicht gleichzusetzen wäre mit der Relegitimierung der SED, stand ihr offenbar vor Augen, weshalb sie sich für die andere Option entschied. Die ersten Reaktionen erfolgten auf dem besonders sensiblen Gebiet der Theoriegeschichte, z. B. im Streit um Friedrich Nietzsche.

Anfang 1989 verkündete Ernst Diehl, Vorsitzender des Rates für Geschichtswissenschaft, angesichts des im Ostblock durchbrechenden Trends zu Glasnost, daß die „Schwankungen in dieser Stärke neu“ seien und die SED „längere Zeit gegen den Strom schwimmen“ müsse. Die zum Jahresende 1988/89 veröffentlichten Thesen zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung stellten nicht nur einen rigiden Eingriff in die Forschung dar, sie erklärten ex officio auch bereits gewonnene Resultate für unzulässig. Da es sich um einen Parteibeschluß handelte, demonstrierte er allen Historikern, daß die SED-Führung willens war, deren relative Selbständigkeit in der Entwicklung einer historischen Legitimation der DDR radikal zu beenden, und verpflichtete zugleich die SED-Mitglieder unter ihnen – die Mehrheit – auf diese Linie. Der Unmut unter den Historikern war zwar spürbar, indes gab es keine öffentlich vernehmbare Gegenstimme wie bei dem analogen Versuch des konservativen KPdSU-

Flügels in der UdSSR – ich erinnere hier an Nina Andrejewa. Historiker begnügten sich mit Einwänden innerhalb von geschlossenen Gremien für Geschichtswissenschaften, wogegen die Thesen zur KPD-Gründung die gesamte Propagandamaschine bedienten.

Wurde der letzte Versuch der SED-Führung, das Gesetz des Handelns auf ideologischem Gebiet wieder fest in den Griff zu bekommen, unter den Bedingungen der folgenden Ereignisse auch gegenstandslos, so hatte er doch einen interessanten, weiterhin wirksamen Nebeneffekt: In der DDR-Bevölkerung wurden die Ergebnisse der Historiker durchaus zur Kenntnis genommen. Gewöhnlich wurde selektiert, wurde versucht, sich auf die unter ideologischer Drapierung gesammelte Substanz zu konzentrieren. Geduldig warteten Tag für Tag Tausende vor dem Neuen Palais in Potsdam, um eine Ausstellung zu besuchen, die sich Friedrich II. und der Kunst widmete, keineswegs, weil die dort gegebene Interpretation im Rahmen des Erbe-Traditions-Konzepts akzeptiert wurde, sondern weil sie für an diesem Kapitel der Geschichte Interessierte alternativlos Gegenstand der Betrachtung war. Daß von Historikern eine vielfältige Lektüre geboten wurde, wurde durchaus anerkannt, nur war das essentielle Mißtrauen gegen den Wahrheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Historiographie ungebrochen, blieben die Darstellungen der DDR-Historiker, wo überhaupt, zumeist Gegenstand skeptischer Kenntnisaufnahme, wurden sie unausgesetzt gemessen an den wenigen davon unabhängigen Präsentationen, seien dies nun kursierende Bücher westlicher Provenienz, das Fernsehen oder ähnliches. Eine positive, ja auch nur Aufmerksamkeit heischende Besprechung eines DDR-Buchs im Westen konnte wahre Wunder bewirken, allerdings nicht bei der Umverteilung von Papierkontingenten. Wie weit die Rezeption jenseits des Abkaufs der Bücher ging, scheint mir ein wichtiges Problem weiterer Forschung zu sein. Ingrid Mittenzweiss Friedrich-Biographie war regelmäßig vergriffen, allein, um mit Lessing zu reden: „Wer wird nicht einen Klopstock loben? Doch wird ihn jeder lesen? – Nein.“

Die Lautlosigkeit der Historiker der DDR im Kontrast zu ihren sowjetischen Kollegen bestätigte das vorhandene Mißtrauen der DDR-Bevölkerung. Dieser einmal verlorene Kredit war mit den um so rascheren Publikationen über zahlreiche Deformationen des Sozialismus am Jahresende 1989 nicht wettzumachen. Aus der Binnensicht eines Historikers kann das Resümee nicht wesentlich anders ausfallen: Angesichts des sich keineswegs einstellenden Jubels über die offenkundige politische Reaktion im letzten Jahr der SED-Herrschaft gab es nur sehr vereinzelte Stimmen, die auf einen sich an wissenschaftlichen Kriterien orientierenden Diskurs abzielten. Die immerhin schweijksch ironisierende Reaktion der SED-Parteioorganisation am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften auf die Thesen des ZK zum 70. Jahrestag der KPD – ich zitiere: „Die Thesen entsprachen den Erwartungen der Genossen des Instituts.“ – offenbarte gleichermaßen die Delegitimation der SED-Führung im Angesicht wesentlicher Teile ihres „Verwaltungsstabes“ wie dessen resignative Unterordnung unter wissenschaftsfremde politische Maßgaben.

Das Unbehagen angesichts einer Situation, in der der eigene wissenschaftliche Anspruch sich als unvereinbar mit der politischen Überzeugung, jedenfalls aber mit der Stellung innerhalb eines politischen Systems zeigte, schlug sich schon kurz nach der Wende in der Legende vom heimlichen Widerstand der Historiker nieder, im regelmäßigen Verweis auf die jenseits ihres politischen Zwecks bestehende wissenschaftliche Substanz bisheriger wissenschaftlicher Arbeit. Diese Substanz wird sich, wo sie tatsächlich besteht, im wissenschaftlichen Diskurs bewähren müssen. Das Versagen der überwiegenden Mehrheit der Historiker als Bürger, ihre zumeist willige Funktionserfüllung als Instrument der Propaganda sind unabhängig davon und führen im öffentlichen Diskurs zur moralischen Entwertung selbst professionell wichtiger Arbeiten. Ich danke Ihnen. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Florath. Die nun folgende Diskussion wird Herr Professor Ortleb, Mitglied der Enquete-Kommission, leiten.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Rainer Ortleb:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit unserer heutigen Anhörung würde ich gern ein paar Stichworte zu den Lebensläufen der beiden Vortragenden nennen. Herr Professor Anweiler ist 1925 geboren, promovierte 1954 in Hamburg, nach Jahren des Schuldienstes und der Assistenz habilitierte er 1963. Seit 1963 ist er in verschiedenen Berufungen in Lüneburg und Bochum tätig gewesen. Seine besondere wissenschaftliche Aufmerksamkeit, auch ausgewiesen durch Vizepräsidentschaft und Präsidentschaft in nationalen und internationalen Gremien, orientierte sich vor allem auf Osteuropa und Sowjetunion. – Herr Dr. Florath ist 1954 geboren, legte 1973 das Abitur ab und studierte anschließend nach dem Wehrdienst an der Humboldt-Universität zu Berlin Geschichte. Es sei vermerkt, daß „Bewährung in der Produktion“ für ein Jahr darauf schließen läßt, daß er – ironisch ausgedrückt – die Normen eines „sozialistischen FDJ-Studenten“ verletzt hat und demzufolge erst in Wiedereingliederung erneut ins Studium kam. Trotzdem 1987 Promotion. Er hat in den heißen Jahren 1989/90 versucht, die SED mit aufzulösen, was ihm nicht gelungen ist, so daß er schließlich politisch in das Neue Forum fand. Heute ist er als Assistent im Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin tätig.

Ich habe bereits drei Wortmeldungen vorliegen, und zwar Herrn Meckel, Herrn Weber und Herrn Jacobsen. Herr Meckel, bitte.

**Abg. Markus Meckel (SPD):** Die erste Frage an Herrn Professor Anweiler: Hier würde ich Sie grundsätzlich bitten, einige Bemerkungen zu den Nachwirkungen dessen zu machen, über das Sie da gesprochen haben. Es gehört ja für uns zu den Schwerpunkten unserer Enquete-Kommission, daß wir eben jetzt nicht nur historisch fragen wollen, wie es war, sondern daß wir uns damit beschäftigen wollen, wie die Geschichte nachgewirkt hat und wie wir heute mit den Folgen umgehen, vor welchen besonderen Problemen wir dabei stehen.